

Struktur- und ordnungspolitischer Fonds (SOPF)

Schwerpunkt: Demokratische Regierungsführung mit Gleichberechtigung

Herausforderungen

Mit den Friedensverträgen wurde eine umfangreiche Reformagenda im politischen, wirtschaftlichen, sozialen und legalen Bereich verabschiedet, aus der heute nur einige Vorhaben umgesetzt oder gesetzlich verankert sind. Dadurch existiert ein großer Reformstau und –druck, der sich durch beharrende Kräfte in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft erhält und erhöht. Gleichzeitig verblieben bislang viele Reformvorhaben im Kongress - manche bereits seit über zehn Jahren.

Dies scheint sich im neuen Kongress seit dem Regierungswechsel 2016 etwas zu bessern. Dennoch mangelt es weiterhin an öffentlichen Räumen und Plattformen, um Reformvorschläge bekannt zu machen, zu diskutieren und zu verbessern.

Unser Lösungsansatz

Der Fonds, der vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), der deutschen Botschaft in Guatemala, der GIZ und der guatemaltekischen Regierung, vertreten durch die Planungsbehörde SEGEPLAN, gesteuert wird, fördert die Ausarbeitung und öffentliche Debatte von Reforminitiativen in den Bereichen Demokratische Sicherheit und Gerechtigkeit, Justiz, wirtschaftliche Entwicklung, soziale Inklusion und nachhaltige ländliche Entwicklung. Unterstützt werden Einzelmaßnahmen verschiedener Träger aus Staat, Zivilgesellschaft und Privatsektor.

Der Fonds stellt Expertise zur Bekanntmachung und Verbesserung der Reformvorschläge bereit und fördert durch Seminare und Konferenzen Austausch und Diskussionsräume.

Die GIZ hat in mehreren Ländern erfolgreich Reformfonds initiiert, so wurden von 2007 bis 2011 in Chile insgesamt elf Maßnahmen begleitet, darunter Reformen des Öffentlichen Dienstes und ein System zur Sozialkartografie. Aufgrund dieser Erfahrungen sind in den letzten Jahren Reformfonds unter anderem in Mosambik, dem



Projektname	Struktur- und ordnungspolitischer Fonds (SOPF)
Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ)
Projektgebiet	Landesweit
Politischer Träger	Planungsbehörde (SEGEPLAN)
Laufzeit	7 Jahre (Januar 2012 bis Dezember 2023)

Vereinbarte Kriterien zur Antragsförderung sind: 1) Relevanz der Initiative für die Entwicklung des Landes; 2) institutionelle Kapazität und politischer Wille des Antragstellers, die Initiative auch nach Beendigung der Unterstützung fortzuführen; 3) der Reformvorschlag ist in kurzer Zeit und mit begrenzten finanziellen Mitteln voranzutreiben; 4) der Vorschlag ist transparent und partizipativ gestaltet.

Ihr Nutzen

Es handelt sich bei diesem Fonds um ein flexibles, kurzfristig einsetzbares Instrument, das die Formulierung, Umsetzung und Einhaltung von Reforminitiativen begleitet und auf Konjunkturänderungen zeitnah reagieren kann.

Die Fondsmaßnahmen konzentrieren sich auf Vorschläge, die den Prioritäten der guatemaltekischen Regierung entsprechen und einen demokratischen, inklusiven Entwicklungsprozess fördern. Gleichzeitig sollen gesellschaftliche Dialoge und Debatten zu Reformvorschlägen bereichert werden. Zielgruppe der Maßnahmen sind hierbei insbesondere verarmte und sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen.

Die fachliche Beratung stärkt institutionelle Kapazitäten der Partnerinstitutionen aus Staat, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft. Das Steuerungsmodell des Fonds auf Augenhöhe mit dem politischen Träger SEGEPLAN fördert eine hohe Eigenverantwortlichkeit der Partner.



Erfolgsfaktoren

Die transparente Diskussion von Reformen führt dazu, dass diese von breiten Allianzen getragen werden. Es hängt jedoch von vielzähligen Akteuren und Institutionen ab, ob Reformvorschläge durch partielle Vetos blockiert werden. Der Fonds selbst kann Reformen nicht umsetzen, sondern hat nur eine Impulsfunktion. Daher braucht es den politischen Willen der Exekutive und Legislative, um Initiativen aufzugreifen, zu debattieren und umzusetzen, was auch eine ausreichende finanzielle Ausstattung erfordert.

Beispiele aus der Praxis

Abgeschlossene Maßnahmen und Wirkungsbeispiele:

Einhaltung des Arbeitsrechts durch Stärkung der Inspektionbehörde (Partner: Arbeitsministerium): 10 Inspektionsprotokolle wurden in ein einheitliches Verfahren integriert, um landesweit kohärente Inspektionen durchzuführen.

Unterstützung von COPREDEH bei der Umsetzung des Überwachungssystems für die Weiterverfolgung von Empfehlungen und Urteilen an den Staat Guatemala durch die Organe des Interamerikanischen Systems und des Universalen Systems (SIMOREG). Das System liegt an der COPREDEH-Website.

Entwicklung eines internen SEGEPLAN-Prozessmanagementmodells zur Steuerung der Entwicklungsplanung des Landes, das sein Management gestärkt und eine bessere Orientierung für die Entwicklungsplanung des Landes bietet; effizientere fachliche Beratung durch die Verbesserung der Personalkapazitäten in Bezug auf Lehr- und Moderationstechniken; und hat ein einheitliches Register der International Non-Refundable Cooperation - CINR-.

Laufende Maßnahmen

- Gerichtsorganismus: Einführung eines neuen Managementmodell im Pluripersonellen Strafgericht in Guatemala-Stadt;
- AGJI: Reform des Justizsektors für die Unabhängigkeit der Justiz;
- CONAPREL: Erarbeitung einer Politik zur Prävention von Lynchjustiz und zur Stärkung der CONAPREL;
- INACIF: Implementierung und Entwicklung der elektronischen Akte in INACIF;
- AGEXPORT: Entwicklung eines Risikomanagementsystems für Labore nach internationalen Standards zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit;
- URL: Stärkung des Strafrechtsobservatoriums als unabhängige und sich selbst tragende Instanz;
- CIG: Stärkung von Unternehmen und lokaler Entwicklung durch bewährte Verfahren zur Bekämpfung des Schmuggels;
- CCG: Pilotprogramm zu Gender und lokaler Entwicklung;
- SENABED: Entwicklung des Informationssystems zur Verwaltung von Enteignungsgütern;
- SCEP: Stärkung des von der lokalen bis zur nationalen Ebene gestaffelten Entwicklungsrätesystems, das vom Präsidialamt zur Koordination der Exekutive (Secretaría de Coordinación Ejecutiva de la Presidencia, SCEP) begleitet wird;
- PRONACOM: Wettbewerbsfähige Zwischenstädte;
- PDH: Innovation im Informationsmanagement bei der Staatsanwaltschaft für Menschenrechte.

Im Dezember 2020 wurden 7 zusätzliche Maßnahmen mit einer ungefähren Dauer von 18 Monaten genehmigt, die ab Juli 2021 umgesetzt werden.

Herausgeber

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Sitz der Gesellschaft Bonn y Eschborn
Lcda. Patricia García
Struktur- und ordnungspolitischer Fonds (SOPF)
5ta Avenida 17-49, Zone 14, Guatemala-Stadt
T +502 23 15 82 00
nicole.schoenau@giz.de
www.giz.de/guatemala

Autor
Stand

Nicole Schönau / Patricia García

Die GIZ ist für den Inhalt dieser Publikation verantwortlich.

In Kooperation mit

Planungsbehörde SEGEPLAN (Secretaría de Planificación y Programación de la Presidencia)

Im Auftrag des

Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Postanschrift der BMZ-Dienststätze

BMZ Bonn
Dahlmannstraße 4
52113 Bonn, Deutschland
T +49 228 99 535 – 0
F +49 228 99 535 – 3500
poststelle@bmz.bund.de
www.bmz.de

BMZ Berlin
Stresemannstraße 94
10963 Berlin, Deutschland
T +49 3018 535 – 0
F +49 3018 535 – 2501

